

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, Annalena Baerbock, Dieter Janecek, Bärbel Höhn, Dr. Frithjof Schmidt, Cem Özdemir, Dr. Thomas Gambke, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth, Dr. Tobias Lindner, Peter Meiwald, Beate Müller-Gemmeke, Omid Nouripour, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europäische Stahlindustrie nachhaltig stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die europäische Stahlindustrie ist ein wichtiger Werkstofflieferant für die industriellen Wertschöpfungsketten und von strategischer Bedeutung für die Wirtschaft in Deutschland und Europa. Klimafreundliche, innovative und wettbewerbsfähige Stahlproduzenten sind unverzichtbar für die ökologische Modernisierung der Industrie. In der deutschen Stahlindustrie sind rund 90.000 Menschen beschäftigt. Hinzu kommen über 100.000 Beschäftigte bei Zulieferern und Dienstleistern. In den stahlintensiven Branchen sind insgesamt 3,5 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Der Bundestag verfolgt mit großer Sorge die aktuelle Entwicklung auf dem globalen Stahlmarkt. Die Hütte brennt. Die europäische Stahlindustrie leidet schon seit Jahren unter Überkapazitäten. Die Lage hat sich für die Branche nun aber weiter verschärft, weil es wegen der schwächelnden Wirtschaft in Russland und China wachsende Überkapazitäten gibt und beide Länder ihren subventionierten Stahl auf den Weltmarkt drücken, dessen Preis weit unter den Herstellungskosten liegt. Diese Überkapazitäten treffen auf eine sinkende Nachfrage. Die Überkapazitäten der chinesischen Stahlindustrie betragen fast das Doppelte des jährlichen Produktionsvolumens der europäischen Stahlindustrie. Die weltweiten Stahlexporte sind dramatisch angestiegen. Bei bestimmten Stahlerzeugnissen sind die Marktpreise um 40 Prozent eingebrochen. Die chinesischen Produzenten sind tief in der Verlustzone. Sie wurden bisher durch Kredite am Leben erhalten. Der eingeleitete Abbau von Kapazitäten wird angesichts der Dimension der Überkapazitäten keine Entspannung bringen.

Stahlerzeugnisse aus hocheffizienten deutschen und europäischen Anlagen werden so vom Markt verdrängt. In China bläht sich gleichzeitig eine bedrohliche Verschuldungsblase auf. Die Europäische Kommission spricht in ihrer jüngsten Mitteilung von einer beispiellosen Welle unlauterer Handelspraktiken. Darin liegt der Kern des Problems, vor dem die Branche steht und bei dem die deutsche und europäische Politik entschlossen helfen muss. Es braucht nun schnellstens faire Wettbewerbsbedingungen auf dem globalen Stahlmarkt.

Der unfaire Wettbewerb auf dem Stahlmarkt bedroht tausende Arbeitsplätze in der deutschen und europäischen Stahlindustrie und wichtige Fortschritte in Bezug auf Ressourceneffizienz und CO₂-Reduktion.

15 Jahre nach Chinas Beitritt zur WTO läuft Ende 2016 nun die damit verbundene Übergangsfrist aus. Es ist zu erwarten, dass die Europäische Union damit China den Marktwirtschaftsstatus zuerkennen wird. Dadurch würden Antidumpingmaßnahmen der Europäischen Union gegen chinesische Produzenten zusätzlich erschwert. China erfüllt von den fünf Kriterien, die die EU an den Status einer Marktwirtschaft stellt, nur ein einziges. Eine bedingungslose Anerkennung kann es somit nicht geben. Die Bundesregierung muss auf Verhandlungen mit China im Rahmen der WTO drängen. Europa muss sich dabei eng mit anderen großen Handelspartnern wie den USA und Kanada abstimmen.

Ambitionierte Klimaschutzpolitik muss Teil der Lösung für die Probleme der europäischen Stahlindustrie sein. Der Emissionshandel taugt nicht als Sündenbock für die aktuellen Herausforderungen der Stahlindustrie. Der Deutsche Bundestag weist klar und deutlich alle Versuche zurück, die Klimaschutzpolitik und die Energiewende für die Probleme der Stahlindustrie verantwortlich zu machen. Ökologische Modernisierung heißt Windkraftanlagen, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität und Verkehrsinfrastruktur. All das braucht intelligente Stahlprodukte. So steckt beispielsweise in einer Windturbine so viel Stahl wie in 500 Autos.

Die Stahlindustrie hat in der Vergangenheit wichtige Fortschritte in Bezug auf Ressourceneffizienz und CO₂-Reduktion gemacht. Wir erkennen diese Leistung an. Dieser Weg ist aber nicht zu Ende, sondern muss konsequent fortgeführt werden. Die Stahlindustrie wurde auf diesem Weg seitens der Politik und der öffentlichen Hand stets unterstützt. Sie hat von 2005 bis 2012 von der Ausgestaltung des Emissionshandels profitiert und insgesamt Emissionszertifikate im Wert von 5,3 Mrd. Euro kostenlos erhalten. Mindestens bis 2020 besteht durch die Überausstattung mit Zertifikaten zudem kein Zukaufbedarf an Emissionszertifikaten. Hinzu kommen jährlich zweistellige Millionenhilfen in Form einer Strompreiskompensation aus den Ersteigerungserlösen des Emissionshandels bei gleichzeitig sinkenden Industriestrompreisen aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energie.

China hat angekündigt, ab 2017 selbst ein nationales Emissionshandelssystem einzuführen, das etwa 10.000 Unternehmen aus acht Sektoren einbeziehen soll, darunter auch die Stahlbranche. Hier kann die europäische Stahlindustrie jetzt von dem Know-how profitieren, das sie sich als Teil des europäischen Emissionshandels über Jahre aneignen konnte. Die Europäische Union muss China auf dem Weg zu einem wirksamen Emissionshandel unterstützen.

Der Bundestag spricht sich für faire Wettbewerbsbedingungen auf dem globalen Stahlmarkt aus. Sowohl Preis- als auch Ökodumping muss unterbunden werden. Dies ist eine zentrale handels-, industrie- und klimapolitische Herausforderung. Die Klimaverpflichtungen von Paris erfordern auch weiterhin Investitionen in hocheffiziente und klimafreundliche Anlagen und Innovationen in neue Werkstoffe. Klimaschutz ist ein Innovationstreiber, der die ökologische Modernisierung der Wirtschaft voranbringt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich für den Erhalt einer starken, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie einzusetzen, um unter Berücksichtigung der Klimaschutzverpflichtungen aus dem Abkommen von Paris eine umweltfreundliche und klimaneutrale europäische Stahlproduktion zu ermöglichen. Dafür ist es notwendig,

1. mit aller Entschlossenheit die EU-Kommission zu unterstützen, die handelspolitischen Schutzinstrumente zu stärken und weiterzuentwickeln. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben hierzu konkrete Vorschläge

- unterbreitet. Dazu gehören Maßnahmen wie schriftliche Konsultationen und eingeschränkte Fristverlängerungen, die helfen, die Verfahren zu beschleunigen sowie die Aussetzung der Regel des niedrigeren Zolls, nach dessen Prinzip die EU Zölle verhängt, die unterhalb der Dumpingspanne liegen, sofern diese ausreichen, um den Dumpingschaden auszugleichen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kommission nachdrücklicher als bisher bei der Durch- und Umsetzung dieser Maßnahmen zu unterstützen. Die Blockade der nötigen Maßnahmen im Europäischen Rat muss schnellstens überwunden werden;
2. sich im Rahmen des eingeleiteten OECD-Dialogs für den Abbau der globalen Überkapazitäten einzusetzen und das Thema auf die Agenda ihrer G20-Präsidentschaft zu setzen;
 3. einer bedingungs- und vorbehaltlosen Erteilung des Marktwirtschaftsstatus für die Volksrepublik China zu widersprechen und umgehend gemeinsam mit der EU-Kommission und dem Europäischen Rat und wichtigen internationalen Handelspartnern eine Strategie vorzulegen, welche die notwendige Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen mit China in dieser Frage bilden kann. Gleichzeitig muss gegenüber der chinesischen Regierung deutlich gemacht werden, dass sie die Reformen einleitet und umsetzt, die gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission für die Verleihung des Marktwirtschaftsstatus notwendig sind;
 4. eine auf nationaler und europäischer Ebene auf Innovationen fokussierte Modernisierungsstrategie vorzulegen mit dem Ziel, Europas Stahlindustrie zum Technologieführer in Sachen Emissionsminderung, Energie- und Materialeinsparung, Recycling und Sektor übergreifende Kooperationen, zum Beispiel mit der Chemieindustrie, zu machen. Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten sowohl aus den nationalen Budgets als auch vom Europäischen Investitionsfonds (EFSD) gefördert und an die genannten Ziele gekoppelt werden;
 5. den Emissionshandel zu einem „schlanken“ und wirksamen marktwirtschaftlichen Klimaschutzinstrument weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, sich gegen das Prinzip der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten einzusetzen und so bürokratische Zuteilungsregeln, Benchmarks und Kürzungsfaktoren überflüssig zu machen. Stattdessen müssen Unternehmen, die durch unfaire Wettbewerbspraktiken und Standard-dumping benachteiligt werden, in geeigneter Weise unterstützt werden;
 6. China bei der angekündigten Etablierung eines eigenen Emissionshandels zu unterstützen und die Verknüpfung der Handelssysteme zu forcieren.

Berlin, den 26. April 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

